

***Die #Intellektuellen und die #AfD.
Eine Annäherung an die AfD und eine Replik.
Die Debatte ist eröffnet.***

Die Schriftstellerin Jana Hensel hat in ZEIT-online am 26. April eine sich an die AfD herantastende Frage gestellt. Auf ihren Beitrag antwortet unmittelbar abschnittsweise der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion Berlin Frank-C. Hansel, dessen Replik dazu einlädt, die notwendige grundsätzliche Debatte jenseits tagespolitischer Aktualität zu eröffnen:

Und wenn die AfD Recht hat?

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/rechtpopulismus-afd-pegida-neoliberalismus-d17/komplettansicht>

Auch wenn die AfD wieder gerade mit sich selbst befasst ist – sie wird nicht einfach verschwinden. Der Erfolg der Partei hat mehr mit uns zu tun, als wir glauben.

Sie wird nicht einfach verschwinden? Heißt also, nicht von selbst, also einfach so, nein, man müsse schon irgendwie daran arbeiten... Und da gibt es ein Uns, also die Anderen, also nicht die, um die es geht. Da wird zunächst de ante mano eine, nämlich eine entscheidende Differenz gesetzt.

Das kleine Erdbeben ist in Erinnerung geblieben. Es fand im Sommer 2011 statt und wurde von Frank Schirmmacher, dem damaligen Herausgeber der FAZ, ausgelöst. Für das Erdbeben reichte ein einziger Satz. Er lautete: ["Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat."](#)

Damals ging es noch nicht um die Flüchtlingskrise. Es ging auch noch nicht um die Griechenland- oder Eurokrise, die folgten wenig später, nein, damals war die sogenannte Bankenkrise das Thema. Eine Krise, zu deren Lösung die betroffenen Staaten milliardenschwere Rettungspakete schnürten, um den drohenden Bankrott globaler Bankhäuser zu verhindern. Staatliches Geld, Steuergeld, Geld des kleinen Mannes und der kleinen Frau.

Schirmmacher kam das wie ein Ausverkauf des Neoliberalismus und jener Werte vor, die dieser Neoliberalismus lange gepriesen hatte: "Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Zähmung des Staates und seiner Allmacht." Deshalb wechselte er einmal gedanklich die Seiten und schaute sich die Gegenwart aus der Perspektive jener an, die politische Gegner waren, die anders dachten als er und seine Leute. Die Linken.

Heute, einige Krisen später, soll einmal dasselbe versucht werden, in umgekehrter Richtung. Die Perspektive soll gewechselt werden, auch um Selbsttäuschungen auf die Schliche zu kommen. Die AfD sitzt in elf Länderparlamenten. Auch wenn ihre Umfragewerte im Moment sinken, ist eine Sorge vor der Bundestagswahl berechtigt. Werden die Vorhersagen uns erneut täuschen? Werden, auch wenn die AfD sich gerade auf ihrem Parteitag einstweilen zerlegt hat, am Ende mehr Leute AfD gewählt haben, als viele progressive Deutsche es heute glauben, so wie man sich schon bei Trump getäuscht hatte?

Der Reihe nach: Erstens: Die AfD hat sich in Köln gerade NICHT zerlegt und warum wäre die Sorge vor ihr berechtigt? Kann dann der Gedanke, einmal vorurteilsfrei sich ehrlich die Frage zu stellen, ob die AfD Recht haben könnte, überhaupt weiter tragen, wenn schon im Ansatz gar nicht erlaubt ist, das wirklich denken können zu wollen?!

Vielleicht hilft es zu fragen: Wo hat die AfD recht? Gibt es gute Gründe für den Aufstieg der AfD, den zeitweisen Aufstieg von Pegida? Gründe, die ihre Anhänger und Wähler zu Pegida und AfD trieben. Gründe, die man kennen sollte.

Warum wird gleich Pegida mitgenannt? Pegida ist ein Phänomen sui generis, bei weitem kein nationales, sondern ein rein lokales, sich auf Dresden beschränkendes temporäres Phänomen, in der Dimension des gesamtdeutschen Erfolges der AfD als Partei in keiner Weise auch nur im Ansatz vergleichbar, hier also fehl am Platze.

Sich zu fragen, wo die AfD Recht hat: Warum fällt das eigentlich so schwer? Es ist eine Sache, sich als Konservativer für die Länge eines Gedankenexperiments auf die Seite der Linken zu schlagen. Aber es scheint eine völlig andere zu sein, die Perspektive von AfD- und Pegida-Anhängern einzunehmen. Wer das tut, setzt sich dem Vorwurf aus zu verharmlosen. Als verbreiteten die Rechtspopulisten eine Aura, gegen die man sich nicht wehren könne; als gäbe es keine rationalen Gegenargumente; als würden sie jeden, der sich ihnen nähert, willenslos in ihren Bann ziehen.

Mit der Gleichnennung von Pegida wird unmittelbar eine Art Gleichsetzung vorgenommen und ein gefährlicher Popanz aufgebaut bzw. dieser Popanz zum Ausgangspunkt der ganzen Übung. Als erste Frage, vor der Frage, wo die AfD Recht habe, wäre zu fragen, welche, was für eine AfD, ist denn gemeint? Die erste Frage muss doch lauten, von welchem Bild der AfD wird überhaupt ausgegangen? Klar ist doch, dass die Beantwortung der richtigen Fragestellung davon abhängt, von welcher Folie ich ausgehe. Wenn ich vom kampagnenhaft medialen Zerrbild der Dumpfbacken-AfD ausgehe, das uns ja täglich – inklusive der Unverschämtheit „Nazi-Schlampe Weidel“ begleitet und das mit dem „völkischen Hetzer“ Höcke gerne Wahlkampf gegen die AfD macht, ergibt sich ein gänzlich anderes Möglichkeitsfeld der Beantwortung, als wenn ausgegangen würde vom jenseitigen Bild vieler Funktionäre und Anhänger der AfD, nämlich der AfD als einer Partei des politischen Realismus, aus der Mitte der Gesellschaft, einer Partei des gesunden Menschenverstandes, einer Partei der Vernunft und der rationalen Analyse. Denn dann kämen ganz andere Inhalte und Aspekte in den Blickfeld eines Fragestellers. Es ergäbe sich eine gänzlich andere Beantwortungsperspektive.

Wen man es also ernst meinen würde mit der von Jana Hensel zu Recht gestellten Frage, stellt sich die Vorfrage, ob denn das zu Grunde gelegte Ausgangsbild der AfD überhaupt stimmt oder ob es sich in Wirklichkeit, um das Wort Wahrheit nicht zu strapazieren, um ein falsches, vorurteilsbeladenes AfD-Bild, ein medial erzeugtes Zerrbild handelt. Einfach formuliert: Ist das Bild, das ich von der AfD habe, richtig?!

In der AfD gibt es Menschen wie den Thüringer Björn Höcke, der in einer Diktion hetzt, wie es zuletzt im Nationalsozialismus üblich war. Auf Pegida-Demos in Dresden und auf manchen AfD-Demos in Thüringen wurde ein Hass auf Flüchtlinge und alles Fremde, Andere, Nichtdeutsche laut, der an finsterste Zeiten erinnerte.

In der AfD gibt es 25.000 Menschen, die Mitglieder sind, und etwa 7 Millionen, die AfD-Wähler sind, beides Menschengruppen, die auf den Erfolg der Partei hoffen, sich in ihrer Mehrzahl weder an den genannten Demos beteiligen, noch an Parteiversammlungen teilnehmen oder ansonsten irgendwie auffallen, Leute, die einfach nur mit dem Kurs der Politik der letzten Jahre nicht einverstanden sind, Leute, die schlicht anständig sind, die 1 und 1 zusammenzählen können, die das erste Kurzprogramm zur Bundestagswahl 2013 gut fanden, dann das AfD-Grundsatzprogramm und jetzt das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017. Tausende, die eben nicht so reden, wie man es Björn Höcke vorwirft, oder Dinge sagen, die sich medial

skandalisieren lassen oder Sonstiges tun, was die Fernsehmedien aus ein oder zwei Pegida-Demos an Kurzausschnitten herausgefiltert können – als exemplarisch entlarvtes Dumpfbackengelaber - , um das Ganze in eine bestimmte Ecke zu (ver-)zerren, in die Schmutzlecke, degoutant, primitiv, für die bürgerliche Mitte scheinbar unwählbar.

Davon versucht man, sich zu distanzieren, da versucht man, Abstand zu halten. Dafür stellt man die AfD lieber in immer neuen Schreckensbildern dar, statt sich zu fragen, ob etwas von dem stimmen könnte, was sie sagt. Viele glauben, man dürfe mit denen nicht mal reden. Überhaupt sind viele froh, dass die AfD und Pegida im Osten erfolgreicher sind als im Westen. Aber der Osten ist nicht nur eine Himmelsrichtung, er ist eine Haltung. Er steht für eine Erfahrung.

Es ist die große Mär, dass die AfD vor allem im Osten Deutschlands erfolgreich war oder ist. In den westlichen Bundesländern hat die AfD bei den Europawahlen 2014 höhere Prozentsätze erreicht als im Osten und die Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und sogar im linken Berlin lagen 2015 höher als diejenigen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Die AfD ist vielmehr die erste richtig gesamtdeutsche Partei.

Wenn man einen ersten Grund nennen soll, warum es die AfD und Pegida gibt: "Wir Demokraten" versuchen, die neuen Rechten von "uns" fernzuhalten. Sie haben sich in dem Niemandsland unserer Ambivalenz eingerichtet, sie profitieren davon, dass wir die Auseinandersetzung scheuen. Unser schlechtes Gewissen ist ihre Heimat.

Ein erster Grund hat mit „rechts“ oder „schlechtem Gewissen“ derjenigen, die hier „wir“ oder „uns“ in Abgrenzung zu denen da sagen, erst einmal gar nichts zu tun. Es hat vielmehr objektiv damit zu tun, dass der Euro Europa spaltet, dass der Euro für die Südländer unseres Kontinents überbewertet und für Deutschland unterbewertet ist, und damit ökonomische Ungleichgewichte zeitigt, die eine ganze verlorene Generation produziert, alles Themen, die rational von zahlreichen Experten analysiert worden sind, auf der Hand liegen und außer von realitätsblinden Eurofetischisten (als Friedensprojektthaler-Chimäre) nicht mehr wegdiskutiert werden können. Das war der erste offen sichtbare Konfliktpunkt, der durch die fundamental un- oder postdemokratische Umsetzung der Eurorettungspolitik per Brüsseler Ratsbeschlüsse ohne parlamentarischer Kontrolle und oft im Stile der Erpressung auch im Modus operandi der Politik zu natürlichem Widerspruch aufrief.

Es hat damit zu tun, dass, und hier blieb der Aufschrei der Intellektuellen aus, Angela Merkel im Rahmen einer Selbstermächtigung im Sinne des Dezisionismus eines schmittianischen: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“, grundgesetzwidrig unbegrenzt die Grenzen geöffnet hat; und zwar im Sinne einer Legitimität einer – vermeintlichen - höheren Moral.

Und es ist eben gerade nicht die AfD, die ihrerseits nun einen höheren Legitimitätsanspruch der Volksvertretung beansprucht, wie das eher aus der Erfurter Richtung klingen mag, sondern sich in ihren Programmen dem Prinzip der Legalität verschreibt, also Recht und Gesetz (wieder) zur Geltung verhelfen will. Nur so ist auch das aus mehr Volksentscheiden und Volksabstimmungen angereicherte Ergänzungsprojekt der parlamentarischen Demokratie im Sinne eines „Mehr Demokratie wagen“ der AfD verständlich: Dass sich fallweise im Rahmen der verfassungsgemäßen Legalität das Volk mit äußert und sich so – und eben nicht im Wege eines von der AfD angeblich verabsolutierten allgemeinem Volkswillens - projektbezogene Legitimität bahn bricht.

Seit dem Mauerfall erleben wir einen Epochenwandel: Ende des Kalten Krieges, Neoliberalismus, Europäische Union, der 11. September, Globalisierung, Digitalisierung, Einführung des Euro, die neuen Kriege, der Terror. Das sind abstrakte Schlagworte, die man benutzt, ohne noch viel über sie nachzudenken. Wir haben verstanden, dass sie unsere Gegenwart prägen, vergessen aber oft, dass sich hinter jedem dieser Worte schwer zu überschauende Veränderungswelten verbergen.

Korrekt, habe ich eingehender beschrieben in meiner Intervention: „Auf dem Weg in die Dritte Republik“: <http://frank-hansel.de/wp-content/uploads/2016/08/%C3%9Cberlegungen-zur-%C3%84ra-FCH.pdf>

Denn die große Geschichte greift wie ein Räderwerk in die kleine, die in jedem Einzelnen von uns stattfindet. Auch hier sind die Dinge in Bewegung geraten. Erwerbsarbeit ist mittlerweile so prekär geworden, dass ältere Generationen nicht mehr verstehen, wenn einige Jüngere das als einen Vorteil, eine Herausforderung, einen Lebensstil gar betrachten. Alles ist immer im Wandel. Womöglich sind deshalb auch Familienverhältnisse prekär geworden, immer öfter emotionale Vereinbarungen auf Zeit, äußerlich mehr oder weniger feste Arrangements, denen man, wenn ihre Zeit abgelaufen ist, durch Patchworkmodelle innerlich eine Kontinuität zu geben versucht, geben muss.

Korrekt. Und wo ist das spezifische AfD-Problem? Gleich kommt sie wieder: Die Mär von den Modernisierungs- und Globalisierungsverlierern, den „Losern“, den irgendwie Zurückgebliebenen, seien es Ossi oder 50er-Jahre-Nostalgiker in Wessiland, die angeblich das Gros der AfD-Mitglieder oder Anhänger sind.

Seit 1989 ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Im Osten nicht und auch im Westen nicht. Diese Veränderungen haben Ängste und Verunsicherungen ausgelöst, nicht nur bei jenen, die AfD wählen.

Leute, AfD hat nicht mit Angst zu tun, sondern mit rein rationaler Analyse! Analyse: Demographiekrise – politische Antwort: Gesteuerte Zuwanderung (nach kanadischem Vorbild (schon Programm 2013) und familienfreundliche Politik. Analyse: Wirtschaftliche Disparität aufgrund dysfunktionalen Einheitseuro – politische Antwort: Neuordnung des Währungssystems. Und ja, gerade nicht mit Realitätsverweigerung! Das ist das Problem der Linken und der Intellektuellen, dass sie die Realitäten nicht mehr sehen können, weil sie sie nicht mehr sehen wollen, sondern die Realität ihren Wünschen unterordnen. Alle nicht mehr lösbaren Probleme sollen über die Metaebene Heilsland Europa aufgehoben werden.

Man muss sich einmal ein paar wenige Buchtitel in Erinnerung rufen, die in den vergangenen Jahren auf den Bestsellerlisten zu finden waren. 2002: Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. 2007: Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* 2008: Heinz Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Im selben Jahr: Michael Winterhoff, *Warum unsere Kinder Tyrannen werden*. 2010: Kirsten Heisig, *Das Ende der Geduld. Konsequent gegen jugendliche Straftäter*. Auch 2010: Stéphane Hessel, *Empört euch!* 2012: Heinz Buschkowsky, *Neukölln ist überall*. Und im selben Jahr: Manfred Spitzer, *Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen*.

Die Autoren dieser Bücher stammen aus allen Berufen und politischen Lagern, ein jeder ist auf seine Art Experte auf seinem Gebiet. Keinem kann man vorwerfen, AfD oder Pegida herbeigeschrieben oder das auch nur intendiert zu haben.

Genauso ist es. Die Analyse stand und steht am Anfang, aus der heraus die AfD – im und aus dem Westen übrigens! – gegründet wurde. Und ja, auch Gunnar Heinsohns „Finis Germaniae“ im Kursbuch 162 im Jahre 2006 hat seinen Anteil, Politisches neu zu denken, zumindest war es die Initialzündung für den, der hier Ich sagt und schreibt: http://www.zeit.de/feuilleton/kursbuch_162/1_heinsohn?sort=desc#comments

Seit ein paar Jahren jedoch mischen sich immer mehr andere Bücher darunter. Allesamt ebenfalls Bestseller. Es begann im Jahr 2010 mit Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*, ging 2014 weiter mit Akif Pirinccis *Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer* und Udo Ulfkottes 2015 erschienenem Buch *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken*.

Der Graben zwischen den zuerst und den zuletzt Genannten ist breit. Dennoch ist er mit einem, sagen wir, laienhaften Auge nur schwer zu erkennen: Während die einen unsere demokratischen Werte verteidigen, wollen die anderen sie abschaffen. Mit Überhöhung, Zuspitzung und dramatischen Appellen aber arbeiten sie alle.

Man kann Sarrazin ja viel zumuten; aber, dass er die Demokratie abschaffen will, ist das Absurdeste, was man je dazu gehört und gelesen haben kann. Keiner hat schärfer analysiert, auch in den Büchern, die danach kamen, dass es die (verfehlte) Politik ist, die dabei ist, genau diese geliebte Demokratie im modus operandi der Merkelschen Politik auszuhebeln, siehe den Selbstermächtigungsparasitus á la Carl Schmitt oben.

Die Spiegel-Journalistin Melanie Amann beschreibt in ihrem gerade erschienenen Buch *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD* folgende Begebenheit: Im Oktober 2015 steht Björn Höcke auf dem Magdeburger Marktplatz und rechnet den Leuten vor, dass "jeden Tag 10.000 bis 12.000 Asylsuchende nach Deutschland" kommen. Dass das "15 Großstädte von der Größe Magdeburgs in einem Jahr" seien. Dass damit "unsere über Jahrhunderte gewachsene Vertrauens- und Solidargemeinschaft" in Gefahr sei und dass er, "wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen", einen "Bürgerkrieg" prognostiziere.

15 Großstädte, in einem Jahr? Eine vollends unrealistische Zahl. Höckes Hochrechnung war unseriös. Er hat übertrieben. Aber haben das jene Autoren, die aus sicher gut gemeinten Gründen warnen, dass unsere Kinder zu Tyrannen werden könnten, dass die Digitalisierung Demenz auslöst und damit uns und unsere Kinder um den Verstand bringt, nicht auch getan?

Da ist es wieder, das Grundsatzproblem: Da wird eine Quelle zitiert, womit gleichzeitig mitschwingen soll, dass das, was da zitiert wird, wahr sei. Ja, Höcke hat das so gesagt. Stimmt. Aber, wie oben schon vermerkt, welche Repräsentanz darf Höcke für sich und damit Melanie Amann für sich in Sachen AfD in Anspruch nehmen? Die Auswahl des Buches und des Zitats soll zeigen, dass ist die AfD. Allein, Höcke ist nicht die AfD, er ist ein Teil, aber ohne repräsentativen Geltungsanspruch.

Warum werden nicht tausende Aussagen oder Auftritte von AfD-Funktionären und AfD-Mitgliedern referiert, viele davon in mittlerweile 11 Landesparlamenten, die in völliger Ruhe, angemessener Diktion und rein rational, ohne – immer wieder unterstellte – Hetze, ohne Schaum vor dem Mund, ganz sachlich, zu allen möglichen politischen Themen Position beziehen? Warum wird beim Bild der und zur AfD stets nur auf skandalisierfähige Aussagen zurückgegriffen? Klar, im Journalismus geht es um Zuspitzung. Aber kann denn eine intellektuell im Grundsatz als fair inspirierte und fair verkaufte Annäherung nicht versuchen,

sich auch mit der Normalität der Partei, nicht des Skandals, der eben nicht normal und ihr Alltag ist, befassen? Wofür und wozu hier Höcke? Höcke, der laute Nicht-Repräsentant der AfD, der medial zur „Chiffre“ für ihre Unwählbarkeit wurde, wie an anderer Stelle aufgezeigt wurde? <http://frank-hansel.de/kritik-zur-kritik-der-hoecke-kritik> und <http://frank-hansel.de/alles-hoecke-oder-was-mitnichten-es-lebe-die-afd-die-partei-des-politischen-realismus-aus-der-mitte-der-gesellschaft>

Ein zweiter Grund für den Aufstieg von AfD und Pegida ist also, dass die Veränderung unserer Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren dauerhaft mit dramatischen Appellen, Krisenszenarien und einer stets zugespitzten Rhetorik beschrieben wurde. Alle Seiten betreiben Geschäfte mit Ängsten, nicht nur die AfD. Man kann sich in Untergangsszenarien verlieren, man kann Angst bekommen, dass hier irgendetwas nicht stimmt. Verlieren nicht auch jene, die nicht zu den AfD-Anhängern gehören, manchmal den Mut? Befällt sie nicht ebenfalls manchmal Zukunftsangst?

Angst ist bekanntlich ein schlechter Ratgeber. Die AfD ist gegründet worden und entstanden aus rationaler Analyse und Erkenntnis heraus: Wo Gefahr droht, da wächst das Rettende auch. Wenn nämlich die Gründe für Missstände vorbehaltlos – ohne ideologische Scheuklappen – analysiert und erkannt werden, können auch Konsequenzen gezogen, Abhilfe geschaffen, Schritte in die richtige Richtung eingeleitet werden. Das ist das dann eine andere Politik, ja, eine alternative Politik zur bisherigen. AfD ist die Partei, die eigentlich die Angst zu nehmen angetreten ist, in dem umgesteuert wird, bevor es zu spät ist im Sinne sozialen Friedens.

Es gehört zu den großen, oft geäußerten Missverständnissen, dass die Rechtspopulisten sich den sozialen Problemen nicht widmen würden. Sie tun es auf ihre Art. Die AfD gründete sich im Jahr 2013 als Reaktion auf die Rettungspolitik der EU während der Bankenkrise, also aus einem ganz ähnlichen Unwohlsein heraus wie jenem, das Frank Schirrmacher in seinem Text beschrieb. Pegida nahm erst in der sogenannten Flüchtlingskrise wirklich Fahrt auf.

Das größte Missverständnis, aber hier die elegant untergejubelte Grundwahrheitsbotschaft, ist doch die, dass die AfD „rechtspopulistisch“ sei, ohne zu fragen, was das denn heiße. Denn rechtspopulistisch geht über in rechtsextremistisch. Und da soll sie ja auch hin – um unschädlich gemacht zu werden. Was wäre denn, wenn man es einfach mal zuließe, dass sich hier ehrbare Männer und Frauen zusammengeschlossen hätten, schlicht als Falsch Erkanntes als falsch zu benennen und Lösungswege aufzuzeigen und politisch umsetzen zu wollen, die sich aus der Analyse rational-logisch ergeben?

Gänzlich unterschiedliche Milieus fanden sich in der AfD und unter ihren Sympathisanten zusammen, und bis heute ringen sie innerhalb und außerhalb der Partei miteinander. Marktliberale Eurogegner, wütende Modernisierungsverlierer, verängstigte Mittelschichtler und antiliberale Wohlstandsbürger.

Bei den anderen Parteien, der Union, der SPD Grünen und den übrig gebliebenen Freien Demokraten sind es natürlich Einheitsmilieus: Marktliberale Eurobefürworter, nicht wütende Modernisierungsgewinner, aufstrebende Mittelschichtler, liberale Wohlstandsbürger- eine ganz feine, stetes positiv besetzte Gesellschaft, die durch die realen Probleme des Landes nicht oder kaum betroffen sind, und wenn, dann bleiben sie anständig dabei.

Das ist natürlich absurd, und aus dem sozioökonomischen Panel wissen wir, dass bei den Sozialdemokraten mengenmäßig die größte Zahl von Personen mit einer nationalen und sozialistischen Gesinnung zu finden sind – nur, dass da halt keiner mehr hinschaut, dass die

Medien da nicht mehr hinfahren, in die Ortsvereinsitzungen der SPD oder der CDU im flachen Lande – wo es natürlich keinerlei Ausländerfeindlichkeit gibt, alle Europa zujubeln und Fremdes anstandslos akzeptiert und geliebt wird. Es gibt das alles auch dort, auch wenn es keinen mehr interessiert, weil es sich nicht lohnt und es als unfein gilt, so etwas zu skandalisieren.

Kein Wunder, dass weder AfD noch Pegida ihrer heterogenen Anhängerschaft kohärente sozial- und wirtschaftspolitische Antworten anbieten, sie betreiben Identitätspolitik im streng nationalen Sinne. Und sie haben ein fast schon genial einfaches Rezept für die ganz verschiedenartige Wut und Verunsicherung ihrer Anhänger gefunden. Es lautet: Früher war alles besser.

Und nochmal: AfD und Pegida sind zwei völlig verschiedene Phänomene. Die AfD ist eine Partei und arbeitet im Rahmen der parlamentarischen Demokratie und erarbeitet selbstverständlich kohärente sozial- und wirtschaftspolitische Antworten im Rahmen ihrer Programmatik – nur, dass ihre Vorschläge in diesen Bereichen meist gar nicht zu Kenntnis genommen wird, weil schlicht unterstellt wird, sie habe, könne und wolle das gar nicht.

Die AfD hat Null-Interesse an Nostalgie und Rückwärtsgewandtheit. Der Slogan „früher war alles besser“, passt zur AfD nicht mehr und nicht weniger als die Erinnerungen mancher in der CDU an Kohl, in der SPD an Brandt und bei der Linkspartei die Erinnerung an die angeblichen sozialen Errungenschaften der DDR. Die Programmatik der AfD ist darauf gerichtet ist, Deutschland in den wesentlichen Politikfeldern nach vorne hin zukunftsfähig zu halten. Wo der Blick zurück hilft, Lehren für den Blick nach vorn zu finden, ist er richtig, sonst nicht. Das Bestreben der AfD ist es, den im Grundgesetz garantierten Sozialstaats erhalten zu können, damit er nicht der demographischen Katastrophe zum Opfer fällt oder einer massenhaften Einwanderung in die Sozialsysteme. Den Wirtschaftsstandort Deutschland wollen wir fit halten, durch eine Neuordnung der Steuer- und Abgabenlast und den Widerstand gegen eine schleichende EU-Bürokratisierung, Den sozialen Frieden wollen wir wahren, der durch eine Überforderung vieler Bürger als Folge der grundgesetzlich nicht gedeckten Massenmigration gefährdet wird.

Früher, das war, als Wohlstand in Westdeutschland wohlfahrtsstaatlich organisiert war und ständig wuchs. Als Männer arbeiteten und Frauen zu Hause blieben; sich um Kinder kümmerten. Und auch, als Migranten in Westdeutschland noch Gastarbeiter hießen und in der DDR Vertragsarbeiter. Die Idee war dieselbe: Irgendwann sollten alle in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Eben weil die heutige Situation eine andere ist, kann es ein „Weiter so“ nicht geben. Das hat aber nichts mit einem Zurück in die 50-60er Jahre im Westen zu tun oder mit der DDR- zu tun, wie polemisch unterstellt wird. Keiner in der AfD will die Frau zurück an den Herd. Allerdings: Um demographisch stabil als Gesellschaft sozial zu bleiben, gibt es nur zwei Wege: Mehr Kinder, also die Eigenreproduktionsrate – nicht im biologistische-völkischen Sinne, versteht sich, erhöhen und gesteuerte Einwanderung Qualifizierter, die sich zu unserem Land und seinen Normen bekennen. Beides sieht und will die AfD.

Der westdeutsche AfD-Frontmann Alexander Gauland streite für ein Land, das an jenes Deutschland von vor 30 Jahren erinnere, schreibt auch Melanie Amann in ihrem Buch: "Mit mehr Ordnung, mehr Ruhe, mehr Stabilität. Keine sperrangelweit offenen Grenzen, keine EU-Diktate aus Brüssel, keine Globalisierung, keine *Political Correctness*."

Korrekt! All das wollen wir in der AfD nicht. Aber was hat Globalisierung mit sperrangelweit offenen Grenzen zu tun? Was hat die Political Correctness als Phänomen hier als Argument zu suchen? Was ist gegen Ordnung und Stabilität an sich einzuwenden?

Die ostdeutsche Frauke Petry schwärmte in ihrer letzten Neujahrsansprache: "Es gab einmal eine Bundesrepublik ohne islamischen Terror und ohne explodierende Gewalt. Ein Gestern, in dem es undenkbar war, dass Frauen und Mädchen massenhaft sexuell belästigt und vergewaltigt wurden. Es gab ein Gestern, als die wenigsten Menschen Angst hatten, ihre Meinung offen zu äußern, ein Gestern, in dem es keine staatlich finanzierte Gesinnungskontrolle im Internet gab, ein Gestern, in dem kein systematischer staatlicher Rechtsbruch stattfand. Ich weiß, dass es viele Menschen gibt, die sich nach diesem friedlichen Gestern zurücksehnen."

Was ist daran falsch? Gestern war noch 2014, also wörtlich gestern: Nicht vor 30 oder 40 Jahren, von den ominösen 30ern, die mit uns ja implizit immer mit verbunden werden sollen, mal ganz zu schweigen. Warum wird nicht anerkannt, was jetzt benannt ist, dass die Entscheidung der ungezügelter Grenzöffnung durch Merkel das Ergebnis eines Getriebenseins war, nicht von der höheren Moral der Menschlichkeit? Ein Akt ohne Gesetzesgrundlage, ja eine gegen das Grundgesetz gerichtete Aktion? Warum will man im Umkehrschluss die AfD dafür büßen lassen, die sich ja nur um das Ergebnis dieser falschen Politik kümmern muss? Übrigens wäre das ein eigenes intellektuelles Stückchen: Die Selbstermächtigung als Inszenierung schlichten Getriebenseins – eine Depotenzierung.

Hört man Frauke Petry und Alexander Gauland zu, lösen sich die Gegensätze zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Ost und West, Reich und Arm wie in Luft auf. Es geht nur noch um ein warmes, weiches, besseres Gestern.

Wo bitte genau? Klingt das nicht eher nach Martin Schulz und den „Runden Tischen“ der SPD, Linken und Grünen, wo sich alles in einem wohlfeilen Wohlgefallen an und in einem – allen Realproblemen entäußerten - Europa von Morgen auflöst?

Das wäre ein dritter Grund für den Erfolg der AfD. Sie konnte sich etablieren, weil ihr gelang, woran die anderen bisher gescheitert sind: Sie vereint Ostalgie und Westalgie. Sie ist die erste wirkliche Ost-West-Partei; sie nimmt das alte Kohlsche Versprechen von den blühenden Landschaften noch einmal auf und macht es zu einer nostalgischen Zukunftsvorstellung.

Allein richtig ist hier, dass die AfD aufgrund des Versagens der Altparteien entstehen konnte. Wenn „Westalgie“ bedeutet, dass Menschen sich trotz jahrelanger Einzahlung keine großen Sorgen um ihre künftige Rente, um die Qualität der Schulerziehung ihrer Kinder oder um ihre Sicherheit bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln machen müssen, dann sind wir als AfD in der Tat „westalgie“. Was ist an solchen Bedürfnissen der Bürger illegitim oder rückwärtsgewandt? Wie kann man daraus der AfD und ihren Wählern einen Vorwurf machen und nicht – viel naheliegender – im Umkehrschluss den Spieß umdrehen und sich mal um diejenigen kritisch bemühen, die hier allesamt versagt haben und weiter versagen, still und stur so weitermachen?

Pegida dient ihr dabei als eine Art außerparlamentarischer Vorbote, Pegida versieht die AfD mit dem, was den anderen Parteien fehlt: *street credibility*.

Und zum letzte Mal: Pegida gibt's nur in Dresden. Die AfD ist als Partei des politischen Realismus aus der Mitte der Gesellschaft erfolgreich in ganz Deutschland. Die street credibility

hat sie sich erkämpft durch den Mut zur Wahrheit und Klarheit – dazu braucht es keinerlei Pegida.

Frank Schirmmachers Text erschien, wie gesagt, im Sommer 2011. Die AfD gründete sich wiederum im April 2013. Und im Jahr dazwischen tanzten die jungen Menschen in den Clubs dieses Landes nach der Musik einer genauso jungen Band aus Chemnitz. Die Band heißt Kraftklub und ihr Album *Mit K* landete noch in der Woche des Erscheinens auf Platz eins der Charts. Eine ihrer Hymnen trägt den Titel *Karl-Marx-Stadt*, und der Refrain, von dem man sich vorstellen kann, dass die jungen Menschen ihn auf den Konzerten laut mitsangen, geht so:

"Ich komm aus Karl-Marx-Stadt, bin ein Verlierer, Baby, original Ostler." Sogar die *Tagesthemen*, die in den Wochen zuvor viel über die Entdeckung des NSU berichtet hatten, stellten die fünf Musiker vor, obwohl das Lied wie folgt weitergeht:

"Ich steh auf keiner Gästeliste, ich bin nicht mal cool in einer Stadt, die voll mit Nazis ist, Rentnern und Hools. Ich cruise Banane essend im Trabant um den Karl-Marx-Kopf, die Straßen menschenleer und das Essen ohne Farbstoff. Diskriminiert, nicht motiviert, von der Decke tropft das Wasser, nix funktioniert. Und so wohnen wir in Sachsen auf modernden Matratzen, immer gut drauf, auch ohne Kohle in den Taschen."

Auch im Westen feierte man Kraftklub als Sound einer neuen Generation. Vielleicht, weil man damals Hoffnung hatte, dieses verdammte Verlierergefühl, das seit dem Mauerfall an den Ostdeutschen klebt, ließe sich einfach wegtanzen. Doch Kraftklub blieb nichts als eine Anekdote, ein Zeichen, dass man sich die Großzügigkeit nahm, geflissentlich zu übersehen, was im Osten wirklich geschah. Eines von vielen Zeichen. Ein paar Jahre später sandte der Osten ein ganz anderes Signal seiner Kraft. Pegida versammelte sich montags.

Fehlanzeige. Die AfD als Partei des politischen Realismus aus der Mitte der Gesellschaft ist nicht die Ossi-Verlierertruppe, sondern besteht, wie alle Volksparteien, aus allen Schichten, ja wird, das ist des Öfteren schon validiert, von eher höher Gebildeten, die wirtschaftlich eben nicht klischeemäßig die Abgehängten sind, gewählt. Alles andere ist konstruierte Legende und postfaktisch.

Wer wissen will, ob etwas von dem stimmt, was die Rechten sagen, der muss in den Osten schauen. Denn auch wenn die AfD eine bundesweit erfolgreiche Partei ist, ihr Popularitätsvorsprung im Osten ist augenscheinlich. Der Historiker Philipp Ther ist ein Westdeutscher, der sich mit dem Osten wirklich auskennt. Ther leitet das Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität in Wien; er hat vor drei Jahren ein Buch veröffentlicht, das den Titel *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent* trägt und die erste Geschichte des Neoliberalismus in Europa ist.

„Auch wenn die AfD eine bundesweit erfolgreiche Partei ist,“ wird sofort wieder dieses Faktum entwertet...denn, da ist er wieder der Osten und das, was mit dem Osten als Stigma mitschwingt. Warum nicht auch mal blicken in die Partei des politischen Realismus aus der Mitte der Gesellschaft der erfolgreichen Anwälte, Ärzte, Krankenschwestern, die Polizisten, Richter und alle anderen normalen Bürger, die alle auch in ihr versammelt sind oder und sie wählen?

Seine Beobachtung: Nach 1989 setzte sich überall in Osteuropa eine neoliberale Wirtschaftsordnung durch. Sie war durch Deregulierung, Privatisierung, Sozialstaatsabbau und die Akzeptanz gesellschaftlicher Ungleichheit gekennzeichnet. Der Staat zog sich aus immer mehr Verantwortungsfeldern zurück; so, hoffte man, würde man denselben Wohlstand

erreichen wie in Westeuropa. Das ging schief. Aber nicht nur das, auch die Hoffnung des Westens erwies sich als trügerisch, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhangs alles beim Alten bleiben würde. Die Einführung von Hartz IV ist das große Monument dieses Umbruchs. Ther nennt sie deshalb eine Kotransformation Westdeutschlands.

Das Spannendste an Thers Buch ist, dass er Ostdeutschland wie selbstverständlich zu Osteuropa zählt. In keinem anderen Land sei die Wirtschaft so stark zusammengebrochen wie im Osten nach Währungsunion und Wiedervereinigung, sie verlor 27 Prozent gegenüber dem Wert von vor 1989. Nur in Bosnien und Herzegowina findet man ähnliche Zahlen – allerdings nach dem Jugoslawienkrieg. In jedem anderen Land hätte "eine derartige Katastrophe massenhafte Proteste und die Abwahl der Regierung" nach sich gezogen, schreibt Ther. Stattdessen stimmten die Ostdeutschen mit den Füßen ab und zogen nach Westen. Junge, Schlaue, Frauen.

Auch deshalb plädiert Ther in Bezug auf die AfD für einen Perspektivwechsel: "Das Wählerverhalten der Ostdeutschen liegt im osteuropäischen Schnitt und ist gar kein überraschendes Phänomen. Die sozialen Verwerfungen treffen im Osten breitere Schichten, selbst jene, die Arbeit haben, haben eher ungute Perspektiven. Sie werden schlecht bezahlt oder oft nur befristet beschäftigt. Das erzeugt ein Protestpotenzial." In Polen regiert die nationalkonservative PiS, in Ungarn der autoritäre Viktor Orbán mit seiner rechten Fidesz, in der Slowakei sitzen Nationalisten mit in der Regierung und in Tschechien wirtschaftsliberale Populisten.

Das hier geschilderte Ost-Spezifikum mag lokal-regional auf Pegida analytische Relevanz für sich beanspruchen; mit Bezug auf die gesamtdeutsche AfD mit bis zu 7 Millionen Wählern in Nord, Süd, West und ja, auch, Ostdeutschland, gibt das nichts wirklich her.

Das ist ein weiterer, nunmehr vierter Grund für den Erfolg der Rechtspopulisten: Der Osten ist nach dem Mauerfall zu einem Raum geworden, in dem sich alle Faktoren noch einmal radikalieren. Der Großteil der Menschen lebt in weniger Wohlstand als diejenigen im Westen. Diese Verwerfungen finden ihren Ausdruck in radikaleren politischen Ansichten. Im Protest gegen die etablierten Parteien artikuliert sich das Gefühl, zu schwach für neue Herausforderungen und nochmalige Veränderungen zu sein. Aber diese Schwäche ist keine irrationale Angst, sondern sie ist für nennenswerte Teile der Gesellschaft Realität.

Liebe Frau Hensel, nein, unsere Leute und Wähler sind diejenigen, die eben nicht aufgegeben haben, die (noch) kämpfen, die die Herausforderungen des Heute und Morgen (noch) annehmen wollen und können, die noch mittun, mit und in unserer Gesellschaft – nicht diejenigen, die Opfer von Verwerfungen sind und für den politischen Diskurs nicht mehr erreichbar sind. Das Gegenteil, ist vielmehr richtig: Die AfD ist die Partei der starken Individuen, wie an anderer Stelle herausgearbeitet wurde: http://frank-hansel.de/wp-content/uploads/2015/06/2-Jahre-AfD_FCH_04_04_20152Kurzfassung.pdf

AfDler sind Menschen, die für ihre politischen Überzeugungen Schmähungen und Nachteile im beruflichen und privaten Umfeld aushalten (müssen). Nein, die AfD ist Treiber von Veränderungen, weil die Erkenntnis gereift ist, dass das Weiterso die Grundlagen der deutschen Gesellschaft unterminiert: wirtschaftlich und sozial. Es sind Menschen, die wollen, dass die deutsche Gesellschaft weiter eine Zukunft hat; es geht ihr ums Morgen, nicht ums Gestern!

Man mag mit der Programmatik der AfD nicht einverstanden sein, ihr aber immer die, wie auch hier leider bei Hensel, Zuschreibung des irgendwie Finsteren, des Irgendwie-rechts, des

Rechtspopulistische unterzuschieben, ist unredlich. Weil damit ein weiteres Hinschauen überflüssig gemacht werden soll und auch wird. Das riecht irgendwie, damit will man nichts zu tun haben. Mit denen will man nichts zu tun haben, mit denen zeigt man sich nicht:
<http://frank-hansel.de/hertha-bsc-contra-afd-und-der-mediale-vernichtungsfeldzug>

Wenn man also sagt, der Osten ist keine Himmelsrichtung, sondern er steht für eine Erfahrung, dann ist es die des sich nicht einstellenden Wohlstands. Echter Wohlstand ist für viele Ostdeutsche nach dem Mauerfall eine Fiktion geblieben, den vieler Westdeutscher jedenfalls werden sie nie erreichen: Weniger als zehn der 500 reichsten Deutschen leben in den neuen Bundesländern; laut Statistischem Bundesamt verfügte ein westdeutscher Haushalt im Jahr 2013 über ein Nettovermögen von durchschnittlich 140.300 Euro, der Wert im Osten lag bei 61.200 Euro.

Ostdeutsche verdienen nicht nur weniger, sie besitzen auch weniger Immobilien, Aktien, Lebensversicherungen und Sparguthaben. Dieses Wohlstandsgefälle wird sich in den nächsten Generationen fortsetzen: Westdeutsche Akademikerkinder erben größere Summen, Ostdeutsche und Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten oder Arbeitslosen im Normalfall kaum etwas.

Wenn die Rechtspopulisten im Osten, in diesem geschwächten Raum, leichter Fuß fassen können, kann der Rest des Landes das zwar ignorieren, aber nur so lange, bis das Phänomen auch dorthin schwappt. Auch in Westdeutschland gibt es strukturschwache Regionen, gibt es eine Mittelschicht, die Angst vor dem Absturz hat.

Wohlstand durch Arbeit, Aufstieg durch Bildung, das war über Jahrzehnte ein milieuübergreifendes Narrativ, eine identitätsstiftende Erzählung, eine beinahe religiöse Formel. Eigentlich in beiden deutschen Ländern. Aber diese Erzählung glauben heute viele nicht mehr. Erkannt haben das längst eigentlich alle Parteien, wirklich reagiert hat darauf aber nur die AfD.

Das geht alles am raison d'etre der AfD und ihrer Politik vorbei. Denn es gilt: Der Seinsgrund der AfD ist das Bedürfnis nach ihr und hat mit Geringverdienerei und dem Osten nichts zu tun, da es mehrfach den Befund gab, dass – im Gegenteil, AfDler und ihre Wähler höhergebildet und auch höher im Einkommensdurchschnitt sind.

Die Rechtspopulisten, und das ist ein weiterer, fünfter Grund für ihren Erfolg, haben dieses Vakuum zum Kern ihrer Botschaft gemacht. Sie sprechen für jene, die das Gefühl haben, mit ihnen und für sie spreche niemand mehr. Im Moment scheint diese Symbolpolitik zu genügen. Im Moment reichen zwei einfache neue Feindbilder: die Eliten und die Fremden, die Flüchtlinge, die Anderen.

Das ist die intendiert-falsche Unterstellung. Die AfD – vielleicht nicht immer ihre Ränder – spricht nicht gegen Ausländer, Fremde oder Flüchtlinge – nicht gegen die Menschen, die zu uns gerufen wurden, sondern, das schon, gegen die Politik in Deutschland, die sie rief. Und das ist ein großer Unterscheid, der nicht gesehen werden will. Biodeutsches Geraune ist jedenfalls nicht der Text der AfD.

Warum kümmert sich die Politik nicht mehr um Fragen der gerechten Verteilung von Wohlstand und Vermögen? Warum ist in Ostdeutschland ein Raum entstanden, in dem sich alle Faktoren radikalieren können? Die AfD hat mit ihren Antworten nicht recht, aber mit manchen ihrer Fragen. Und sie spricht in Wahrheit zu jenen, die sie nicht wählen.

Wer sich nicht um die tatsächlichen Antworten kümmert, sie nur medial skandalisiert an sich ran lässt, und daher gar nicht, kann sie nicht wirklich be- und aburteilen.

Auch deshalb schert sie sich nicht viel um ein Programm, scheint sich in ihren eigenen Strömungen zu verlieren und immer wieder selbst zu zerlegen. Sie sammelt mit teils rassistischen Parolen den Protest von der Straße auf und trägt ihn in die Gesellschaft, in die Medien und in die Parlamente, sie nimmt eine Kommunikation wieder auf, die lange brachgelegen hat. Sie widmet sich dabei nicht der Frage, wer wir eigentlich sein wollen, aber vielleicht muss sie das aus ihrer Sicht auch nicht.

Keine andere Partei hat einen entsprechenden Programmearbeitungsprozeß von unten nach oben, über Landesfachausschüsse, Bundesfachausschüsse, 2-facher Mitgliederbefragung und Programmkommission wie die AfD hinter sich. In zwei zweitägigen Parteitagungen wurden Grundsatz- und Bundestagswahlprogramme mit hunderten Änderungsanträgen diszipliniert diskutiert und abgestimmt. Das hat bei seriöser und intellektuell redlicher Betrachtung alles mit Gegröle und der Straße nicht das Geringste zu tun. Und noch eins: Die AfD ist tatsächlich die einzige Partei, die genau diese Frage stellt: Wer wir sein wollen. Denn die anderen stellen eben gerade diese Frage nicht mehr, sondern sie sagen, wie und wer wir sein sollen!

Die AfD hat keine Lösungen, aber sie zeigt Probleme auf. Wenn man daran etwas Positives finden will: Immerhin macht es Politik lebendiger. Nun ist es an uns, über uns, unser Land und unsere Zukunft anders nachzudenken. Gerade weil die bisherigen Antworten nicht mehr allen genügen.

Die AfD zeigt Lösungen auf, doch setzt die Umsetzung derselben andere Mehrheiten voraus, was mit Status-, Macht- und Geldverlust derjenigen verbunden ist, die jetzt regieren. Und was nicht sein soll, darf auch nicht sein.

Das Geschäft der Intellektuellen sollte sich nicht auf diese wohlfeile Negativ-Affirmation beschränken, von wegen keine Lösungen. Erst wenn also ein anderes Bild der AfD ins Möglichkeitsfeld des Denkens kommt, kann die Debatte ehrlicherweise beginnen. Die Debatte kann und sollte vielmehr ab jetzt von diesem Selbstbildnis im Sinne eines normativen Kerns der AfD ausgehen:

Noch nie war eine neue Partei in unserem Land so erfolgreich wie die Alternative für Deutschland. Knapp vier Jahre nach der Gründung ist die AfD in das Europaparlament und in elf Landtage eingezogen. Alle Umfragen zeigen, dass die AfD auf gutem Weg in die Landtage von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ist und in wenigen Monaten mit einer starken Fraktion in den Deutschen Bundestag einziehen wird. Wir wollen bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 ein zweistelliges Ergebnis erzielen und die drittstärkste politische Kraft in Deutschland werden.

Immer häufiger können wir schon jetzt, als Oppositionspartei, feststellen: Die AfD wirkt. Doch unser Ziel bleibt es, innerhalb der kommenden Jahre relative Mehrheiten auf allen politischen Ebenen zu erringen und damit als stärkster oder mindestens gleichrangiger politischer Partner in Regierung und Parlament richtungsweisende Politik umsetzen zu können. Die AfD versteht sich nicht als Opposition, die gegen alles und jedes ist, sondern als gestaltende Kraft, die Deutschland verändern will.

Unser Weg zum Erfolg beruht auf dem Mut zur Wahrheit und dem Mut zu Deutschland. Die AfD spricht die Themen der Bürger an, die den Altparteien lästig sind oder für die sie keine

Lösungen haben: Die Krise der Kommissions-zentrierten Europäischen Union und das unverantwortliche Festhalten der Altparteien am Euro, die Überforderung Deutschlands durch die mutwillig von der Bundesregierung mit verursachten illegalen Massenmigration, alte und neue Probleme der Integration von Zuwanderern, die Herausforderung des Islam, die bedrohte Sicherheit der Bürger, die demographische Krise und die Geringschätzung der Familie, die Missachtung geltenden Rechts durch Regierungsparteien, die zu geringen Mitsprachemöglichkeiten der Bürger und den Mangel an sozialer Gerechtigkeit.

Für die AfD sind Meinungs- und Versammlungsfreiheit herausragende und besonders schützenswerte Güter, die zunehmend bedroht sind. Eine offene und kontroverse Diskussion ist das Lebenselixier einer lebendigen Demokratie. Das gilt für die Debatte innerhalb und außerhalb der AfD gleichermaßen. Wir setzen uns für die Auseinandersetzung in der Sache ein. Wir unterwerfen uns nicht den Zumutungen einer rot-grünen politischen Korrektheit. Wir wollen den Bürgern keine gleichgeschaltete Partei vorführen. Das überlassen wir den Altparteien. Wir wissen aber auch, dass öffentlich ausgetragener Streit in den eigenen Reihen und die Vertretung von kontroversen Positionen ohne vorherige Abstimmung in Partei keine Wahlempfehlung ist. Wer den Eindruck erweckt, dass er von sich selbst nicht überzeugt ist, kann auch niemanden anderen überzeugen.

Maßstab und Verpflichtung für uns alle sind die Programme der Alternative für Deutschland, darunter das Grundsatzprogramm und das heute beschlossene Programm zur Bundestagswahl 2017. Sie zeigen die Alleinstellungsmerkmale der AfD und den breiten innerparteilichen Konsens, auf dem wir Politik für Deutschland machen. Beide Dokumente definieren die AfD als Partei, die auf dem Boden der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung steht und Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft in der Tradition Ludwig Erhards ist.

Beides ist die Voraussetzung dafür, dass die AfD gleichermaßen breite Bevölkerungsschichten wie leistungsstarke Stützen der Gesellschaft und Intellektuelle für sich begeistern kann. Als einzige Partei verurteilt die AfD ohne Wenn und Aber jede Form politisch motivierter Gewalt. Deshalb stellen wir mit großer Sorge fest, dass politische Auseinandersetzungen mit undemokratischen Mitteln geführt werden wie beispielsweise Einschüchterungen, Ausgrenzungen und sogar tätlicher Gewalt. Wir fordern einen fairen und friedlichen Wahlkampf, in dem selbstverständlich uns insbesondere auch Meinungen Raum beanspruchen können, die sich gegen die Politik der Altparteien richten und ihnen nicht gefallen.

Die AfD verfügt über ein breites Spektrum an Frauen und Männer, die auf der Grundlage ihrer unterschiedlichen Erfahrungen, Kenntnisse und Lebensverhältnisse politische Verantwortung auf allen Ebenen unseres Landes ausüben können. Die AfD lehnt den in CDU, CSU und SPD üblichen Personenkult ab. Wir verstehen uns als Alternative zum Kartell der Altparteien, weil diese die Interessen großer Teile der Bevölkerung missachten und sich den Staat zur Beute gemacht haben. Wir wenden uns dagegen, dass abgehobene Berufspolitiker, übermächtige Lobbyisten und selbsternannte Sprecher von Minderheiten den Kurs Deutschlands bestimmen sollen.

Wir alle in der AfD sind angetreten, um gemeinsam Deutschland im Geist von Einigkeit und Recht und Freiheit wieder nach vorn zu bringen. Wir appellieren an die Bürger: Deutschland hat keine Generation mehr Zeit, um die notwendigen politischen Weichenstellungen herbeizuführen, die einen Erhalt unseres Vaterlandes für uns und unsere Kinder und Enkel möglich macht. Wir wollen so rasch wie möglich Verantwortung übernehmen, um unser Land zu alter Stärke zurückzuführen. Wir können nicht darauf warten, dass unsere politischen

Gegner sich endlich wieder auf die Werte zurückbesinnen, für die in Deutschland programmatisch nur noch die AfD steht. Nur mit einer starken AfD wird Deutschland sich wieder zutrauen, die eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen und seine Traditionen, seinen kulturellen Reichtum und seine Lebensart zu bewahren.